



Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

69. Jahrgang

August / September 2021

Folge 08/09

30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Am 17.6.1991 unterzeichneten in Bonn für die Bundesrepublik Deutschland Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und für die Republik Polen Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki und Außenminister Krzysztof Skubiszewski den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Er ergänzte den im Herbst 1990 ausgehandelten deutsch-polnischen Grenzvertrag, der eine der Vorbedingungen seitens der Alliierten für die deutsche Wiedervereinigung war.

Beide Verträge wurden Ende 1991 von den Parlamenten Bundestag und Sejm ratifiziert und traten am 16.1.1992 in Kraft.

Dieser Vertrag sollte endgültig das schwierige deutsch-polnische Verhältnis seit der Zeit der Teilungen Polens beenden. Das deutsch-polnische Zusammenleben ist inzwischen auf der Ebene der Bürger zu dem positiven Miteinander zurückgekehrt, wie er über die meisten Jahrhunderte der Nachbarschaft war. Auch die Besonderheiten, daß für viele Polen ein sehr wichtiger Nachbar und Kontaktpartner ist, während Polen bei den meisten, vor allem Westdeutschen, kaum im Focus ist, hat sich wieder eingestellt.

Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag war angesichts der NS-Verbrechen am polnischen Volk dringend notwendig geworden. Der Versöhnungsprozeß zwischen Deutschen und Polen mußte auch auf staatlicher Ebene fortgesetzt werden. Im zwischenmenschlichen Bereich, gerade bei den Deutschen aus Polen, hat dieser Prozeß schon bald nach 1945 begonnen. Die Vertriebenen wurden zur Triebfeder, zu Protagonisten der Versöhnung. Wie

hiieß es in der LWV so passend: man kannte sich, man half einander, auch über die Vertreibung hinaus.

Aus politischer Seite werden die Ostverträge der Regierung Brandt und die Versöhnungsgeste des Kniefalls von Willi Brandt in Warschau (7.12.1970) immer hervorgehoben. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits wieder Kontakte zwischen deutschen Vertriebenen und den ehemaligen polnischen Nachbarn, und die Ostverträge erleichterten ihnen dann den Kontakt.

Bereits im Jahr 1964 fand in Lindenfels das erste Symposium statt, das die offenen Lindenfels Gespräche internationaler Historiker zu deutsch-polnischen Fragen begründete. Protagonist war hier der Mainzer Osteuropahistoriker Prof. Dr. Gotthold Rhode. Diese Symposien wurden 1966, 1967, 1969, 1971, 1972, 1974, 1977 und 1979 fortgesetzt.

Im Jahr 1976 gaben Protagonisten des Miteinanders, der spätere Bundessprecher Dr. Richard Breyer, der spätere Bundeskulturreferent Peter Nasarski und der Pole Janusz Piekalkiewicz, das Buch „Nachbarn seit tausend Jahren: Deutsche und Polen in Bildern und Dokumenten“ heraus. Prof Rhode verfaßte dazu ein Vorwort.

Die deutsch-polnische Nachbarschaft war über Jahrhunderte friedlich und die Kontakte zwischen Polen und Deutschen, mit vielen in Polen-Litauen lebenden Deutschen sind ebenfalls 1000 Jahre alt.

Auch wenn die ersten historisch bekannten Berührungen kriegerischer Natur waren, so begann die positive deutsch-polnische Nachbarschaft mit einem starken Symbol im Frühjahr 1000 mit der Pilgerfahrt Kaiser Otto III. zum Grab seines

DENKEN Sie an
unser Jahrbuch 2021!

JAHRBUCH
WEICHSEL-WARTHE



Die Pest u. a. Menschheitsplagen seit
der Polnischen Adelsrepublik bis heute

2021

Es ist auch eine gute Urlaubs-
lektüre. Lesen Sie sich schlau.

väterlichen Freundes, des Heiligen Adalbert von Prag nach Gnesen. Der Akt von Gnesen hatte direkte Folgen, denn Gnesen wurde zum Erzbistum und damit zur ersten kirchlichen Institution, die unabhängig von denen im Heiligen Römischen Reich war. Spätestens damals begann die deutsch-polnische Freundschaft und gute Nachbarschaft. Der Nationalismus hat sie schwer beschädigt, aber, wie wir heute sehen können, nicht zerstören können. Arbeiten wir weiter daran, daß sie nie wieder durch einseitige Interessen geschädigt wird, denn Deutsche und Polen sind Brüder.

Dr. Martin Sprungala

Aus Unrecht zur Versöhnung –

Dokumentations- und Erinnerungsstätte zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet

Das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Deutschlandhaus in Berlin hat seine Türen für den Publikumsverkehr geöffnet. Am 21.6.2021 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel das Dokumentationszentrum im Beisein von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius am Anhalter Bahnhof

mit einem Festakt eröffnet. Der Vorsitzende der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, Dr. Christean Wagner, erklärt zum heutigen Eröffnungstag:

„Nach 22 Jahren der gesellschaftlichen Debatte, der Auseinandersetzung, der historischen und politischen Kontroversen sind wir heute dankbar, dass das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ für das Publikum geöffnet wird. Für die Vertriebenen ist es

eine große Freude, dass mehr als 75 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, nach Flucht, Vertreibung und Deportation der Deutschen aus ihren angestammten Heimatgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa die Erinnerung an ihr tragisches Schicksal an einem zentralen Ort in Berlin zusammengetragen und einer breiten Öffentlichkeit aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht wird.

Es ist wichtig, dass es diesen Erinnerungsort jetzt gibt!“

Impulsgeber für diese Dokumentationsstätte waren die Vertriebenen selbst. Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit als BdV-Präsidentin 1998 überzeugte die damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach den Bund der Vertriebenen und im weiteren Verlauf zahlreiche Unterstützer, wie den führenden SPD-Politiker Peter Glotz mit dem Konzept einer Stiftung, die den vertriebenenpolitischen Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland für die folgenden Jahre maßgeblich mitbestimmen sollte: das „Zentrum gegen Vertreibungen“.

Zu dessen zentralen Aufgaben sollte gehören, „in Berlin eine dauerhafte Gedenkrichtung an Flucht, Vertreibung, Deportation, Vergewaltigung und an Heimatverlust der Deutschen“ zu schaffen - und diese Vorgänge einzubetten in andere, ähnliche Vorgänge im „Jahrhundert der Vertreibungen“. Dank vielfältiger Initiativen wurden bald führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Politik für diese Idee gewonnen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden mehrere hundert Städte und Gemeinden, Bundesländer und Mitgliedsorganisationen des BdV, aber auch viele Einzelpersonen Förderer und Unterstützer ihrer Zentrums-idee.

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD vom November 2005 wurde – zusätzlich zu der

seit 2000 bestehenden Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ – beschlossen, ein „sichtbares Zeichen“ in Berlin zu setzen, um „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“.

Während zahlreiche Kräfte aus dem linken politischen Lager forderten, das nationale Projekt aufzugeben, zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel stets als uneingeschränkte Unterstützerin des „sichtbaren Zeichens“. Ohne große Debatte verabschiedete der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2008 den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD, mit dem die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ errichtet werden sollte. Nach jahrelangen Diskussionen kam damit die Errichtung einer staatlichen Erinnerungsstätte zustande. Nach Diskussionen um die Besetzung des Stiftungsrates wurde das Vorschlagsrecht des BdV für den Stiftungsrat auf sechs Mitglieder ausgedehnt und die vorgesehene Ausstellungsfläche um 750 qm auf insgesamt 3.000 qm erhöht.

Millionen Deutsche aus dem Osten haben das Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebt. Sie waren es, die durch ihr Engagement und ihren Einsatz dafür gesorgt haben, dass ihr Schicksal nun zentral in das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ Eingang gefunden hat. In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen heißt es: „*Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hinein-*

gestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Darum begrüßen wir es, dass der Heimatverlust als europäische und weltweite Geschichte der Zwangs- und Gewaltmigration in dieser Dokumentationsstätte Gegenstand des Erinnerns ist. Das ebenfalls thematisierte Schicksal vertriebener Menschen z. B. aus Syrien oder der Rohingya aus Myanmar hat, hat - wie so häufig - ebenfalls politische, historische und religiöse Ursachen. Zu einem Zeitpunkt, in dem sich 82 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden, mehr als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte, ist die Dokumentationsstätte ein richtiges, ein unverzichtbares Signal in unserer Zeit.

Stiftung und Dokumentationszentrum werden, auch in Zukunft ein Ort der Auseinandersetzung, der Versöhnung und der kritischen Betrachtung aktueller Entwicklungen sein.

Wir wünschen der Stiftung und dem „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ für ihre Arbeit im Interesse der Vertriebenen weltweit alles Gute und bieten im Sinne des Auftrages unserer Stiftung jederzeit eine engagierte Zusammenarbeit an.

Pressemitteilung des ZgV

REZENSION

Die Ortstafeln in der preußischen Provinz Posen 1820-1918

Dank der Aktivität der Freunde der Martin-Opitz-Bibliothek unter dem Vorsitz von Dr. Wolfgang Kessler, dem ehemaligen, langjährigen Vorsitzenden der Bibliothek, konnten in letzter Zeit einige schon lange auf die Veröffentlichung wartenden Arbeiten erscheinen. Die Geschichte der Deutschen aus dem ehemaligen Polen steht seit vielen Jahren vor dem Problem, dass sich kaum ein Wissenschaftler ihrer annimmt und Veröffentlichungen von Privatpersonen zu Themen aus dieser Region bei Verlagen keine Chance auf Annahme haben.

Der Dortmunder Jurist Hartmut Gräber (geb. 1946) hat sich seit seiner Pensionierung mit dem Thema der Ortstafeln mit militärischen Bezeichnungen im 19. und 20. Jahrhundert in Preußen beschäftigt. So entstand eine kleine Ausarbeitung zum Thema Provinz Posen und damit zum dortigen Sprachenstreit.

Basis des auf dem Wiener Kongress gegründeten neuen Teilungsgebiets Großherzogtum Posen war die Gleichberechtigung der Posener Polen. In dem Besitzergreifungspatent vom 15.5.1815 schrieb König Friedrich Wilhelm III.: „Ihr werdet

Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen... Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden.“ Bis 1876 erschienen daher die offiziellen Amtsblätter der Königlich preußischen Regierungen in Posen und Bromberg in deutscher und polnischer Sprache. Aber auch in anderen Gebieten erschienen amtliche Blätter zweisprachig, in Ostpreußen im Kreis Memel in deutsch und litauisch und im Reichsland Elsass-Lothringen bis dahin auch in französisch. In den nördlichen Grenzgebieten auch noch dänisch. (S. 25)

Per Kabinettsorder verfügte der König am 25.8.1820 die Anbringung der zweisprachigen Tafeln. Auf den Tafeln, die nur an Flecken und Dörfern angebracht werden sollten, da die Städte eigenverantwortlich handeln konnten, sollte auch die zuständige Nummer der Landwehr-Regimenter angegeben werden.

Die Umsetzung dieser Anordnung wurde von den lokalen Behörden, die für die Kosten aufkommen mussten, verschleppt, so dass vielfach die Umsetzung ange-mahnt werden musste.

Die Zweisprachigkeit war nicht nur ein finanzielles Problem, sondern im Verlauf des 19. Jahrhunderts auch ein enormes politisches, wie der Wreschener Schulstreik (1901) zeigt, als die polnische Sprache auch im Religionsunterricht durch die deutsche ersetzt worden war.

In der Zeit nach dem Novemberaufstand von 1830 in Kongresspolen kam es zur ersten Zurückdrängungsphase der polnischen Rechte, da die preußische Regierung ein Übergreifen auf das Großherzogtum Posen befürchtete. Der polnisch dominierte Posener Landtag setzte sich daher 1841 besonders für die zweisprachigen Ortstafeln ein.

Der Autor bringt mehrere Beispiele dafür, dass sich polnische Adelige und Politiker mit Beschwerden im Ortstafelstreit engagierten, so Arnold Graf Skórzewski (1798-1863) auf Lubostron im Kreis Schubin (Szubin), Eigentümer von 3 Städten und 81 Dörfern. (S. 15)

Auch der Januaraufstand (1863) in Kongresspolen führte zu einer neuerlichen und härteren Polenpolitik. Das Ende der zweisprachigen Ortstafeln kam aber erst im Kaiserreich. Bereits seit 1868 begann

unter Oberpräsident v. Horn die Politik der intensiven Eindeutschung von polnischen Ortsnamen. Seit 1876 war deutsch nur noch alleinige Amtssprache in der Provinz Posen.

Der Versailler Friedensvertrag beendete den Sprachenstreit. Seither war in der wieder entstandenen II. Polnischen Republik nur noch polnisch offizielle Amtssprache, auch auf den Ortstafeln.

Leider konnte der Autor in dem Bildteil kein Beispiel aus dem Posener Land finden, sondern nur noch ein Relikt aus dem Kreis Hofgeismar im damaligen Regierungsbezirk Kassel (S. 31).

Das Heft „Die Ortstafeln in der preußischen Provinz Posen 1820-1918. Eine Facette im Sprachenstreit“ von Hartmut Gräber ist in der Reihe Kleine Schriften Nr. 7 der Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek im Verlag der Freunde der Martin-Opitz-Bibliothek erschienen. Bezug über die Bibliothek: Berliner Platz 5, D-44623 Herne, E-Mail: information.mob@herne.de erschienen, Schutzgebühr 4 €. Es umfasst 32 S. ISBN 978-3-923371-49-5.

M. Sp.



Glückwünsche

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe gratuliert herzlich verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlbefinden.

Erhard Betker, geb. am 17. Juli 1936 in Moczulki (Kreis Rowno, Wolhynien), wohnhaft in Peine, **zum 85. Geburtstag**. Er war langjähriger Vertreter des Heimatkreisausschusses Wolhynien und damit Vertrauensmann zur LWW, Vorsitzender der Dr. Kurt-Lück-Stiftung, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Kulturwerk Wartheland, langjähriges Mitglied des Historischen Vereins Wolhynien (jetzt Ehrenmitglied) und Mitgründer des Freundeskreises Moczulki. 2005 erhielt er den Kulturpreis unserer Landsmannschaft.

Karl Bauer, geb. am 16. August 1931 in Bochum (Nordrhein-Westfalen), wohnhaft in Taunusstein, **zum 90. Geburtstag**. Der Ehrensprecher der LWW war langjähriger Bundessprecher und Bundesgeschäftsführer. Er erhielt aufgrund seines ehrenamtlichen Einsatzes im Dienste der Vertriebenen und ihrer Organisationen zahlreiche Ehrungen, so das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (2005), die Wenzel-Jaksch-Medaille (2001), den Ehrenbrief des Landes Hessen (1990) und den Kulturpreis unserer Landsmannschaft (2002). (Siehe WW 8/9 2016, S. 2, „Karl Bauer zum 85. Geburtstag“). Karl Bauer berät und unterstützt in Bedarfsfälle auch heute noch den Bundessprecher und die Bundesgeschäftsstelle in zahlreichen Fragen und informiert über wichtige Ereignisse.

Albrecht Fischer von Mollard, geb. am 4. September 1941 in Tirschtiegel (Kreis Meseritz), wohnhaft in Wuppertal, **zum 80. Geburtstag**. Er ist seit Mai 2013 stellvertretender Vorsitzender des Heimatkreises Meseritz und der Heimatkreisingemeinschaft Birnbaum und seit September 2017 der Vorsitzende dieser Heimatkreise.

Traute Bauer, geb. am 27. September 1930 in Kulm/Westpreußen, wohnhaft in Taunusstein, **zum 91. Geburtstag**. Die Ehefrau unseres Ehrensprechers war langjährige Mitarbeiterin und Leiterin der DJO-Deutsche Jugend des Ostens in der Siedlung Wiesbaden-Gräselberg. Ihre Kinder- und Jugendgruppen der DJO haben mehrmals die Kulturabende der in Wiesbaden durchgeführten Bundeskulturtage unserer Landsmannschaft gestaltet. Für ihr vielseitiges Engagement und ihre soziale Breitenarbeit zum Wohl ihrer Mitmenschen erhielt sie die Bürgermedaille in Bronze (1984) und in Silber (2004) der Stadt Wiesbaden. Ministerpräsident Volker Bouffier verlieh ihr 2019 den Ehrenbrief des Landes Hessen.

In eigener Sache

Urlaub der Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Weichsel-Warthe ist wegen Urlaubs in der Zeit vom 9. bis 27. August 2021 nicht besetzt.

Aus unserer Arbeit

Berichte der Heimatkreisgemeinschaften, LWW-Landesverbände und Kreisgruppen

Heimatkreisausschuß Galizien

Horst Vocht, Wittbruchstr 36,
47167 Duisburg, Tel. 0203-5019513

„Die Galiziendeutschen – Geschichte und Erinnerungskultur e.V.“

75 Jahre nach seiner Gründung hat sich das Hilfskomitee der Galiziendeutschen den neuen Namen „Die Galiziendeutschen - Geschichte und Erinnerungskultur e.V.“ gegeben und damit auch einen anderen Schwerpunkt seiner Arbeit gesetzt. Denn nun geht es nicht mehr vorrangig um die Sammlung der noch in Galizien Geborenen und deren Nachkommen sowie die seelsorgerliche Begleitung, jetzt rückt das Bewahren der Kultur sowohl in Deutschland als auch in den heutigen Ländern des früheren Galiziens und die Erinnerung an die Spuren, die die Kolonisatoren dort hinterlassen haben, stärker in den Fokus. Auch werden die „Kontakte zur Stärkung der Freundschaft mit den

ehemaligen Nachbarn im Vielvölkerstaat Galizien, den heutigen Nachbarn im neuen Europa“, weitergeführt, heißt es auf der Internet-Seite der „Galiziendeutschen“. Mit dem neuen Namen gibt es auch eine Satzungsänderung: Der Vorstand des Vereins wird ab jetzt von der Mitgliederversammlung bestimmt und nicht mehr von den zuvor gewählten „Vertrauensleuten“.

Nach Kriegsende war es vordringliche Aufgabe, die verstreuten Galiziendeutschen zu sammeln. Eine zentrale Anlaufstelle bildete sich in Stade heraus, wo der frühere Superintendent der galiziendeutschen evangelischen Kirche, D. Theodor Zöckler, mit seiner Ehefrau Lillie und Angehörige der „Zöcklerschen Anstalten“ in Stanislau eine Bleibe gefunden hatten. Um effektiver helfen zu können, wurde am 12. September 1946 in Bad Cannstatt innerhalb des Hilfswerks der EKD das „Hilfskomitee der Galiziendeutschen A. u. H.B.“ gegründet, dessen erster Vorsitzender Theodor Zöckler wurde. Die katholischen Galiziendeutschen wollten ein

eigenes Hilfswerk innerhalb der katholischen Kirche begründen, was aber nicht gelang, so dass sie sich 1948 dem bestehenden Hilfskomitee anschlossen. Weil manchem die kirchliche Bindung zu stark war, wurde 1958 in Norddeutschland um Wolfsburg herum der „Bund der Galiziendeutschen“ gegründet. Die anfänglichen Auseinandersetzungen sind inzwischen einem toleranten Nebeneinander gewichen. Nach der politischen Wende ergaben sich neue Möglichkeiten für das Hilfskomitee: Nicht nur konnten endlich auch die Galiziendeutschen in der DDR sich offen an ihre alte Heimat erinnern und von den Angeboten des Hilfskomitees Gebrauch machen, die Öffnung der Grenzen erlaubte auch wieder direkte Besuche in den Herkunftsgebieten und neue Formen der Zusammenarbeit. Dazu gehören die Kontakte zu Schulen mit Deutschunterricht und zu Universitäten, deren Absolventen zu Aufenthalten in Deutschland eingeladen werden, die Unterstützung von Krankenhäusern und Behinderteneinrichtungen sowie Hilfen für Bedürftige, das Aufstellen von Gedenksteinen und das Organisieren der Pflege der früheren Friedhöfe. Auf die 75-jährige Geschichte

wollte die Kulturtagung der „Galizien-deutschen“ zurückblicken, die vom 29. April bis 2. Mai hätte stattfinden sollen, aber wiederum um ein Jahr verschoben werden musste.

Auch das Mitteilungsblatt der „Galizien-deutschen“ blickt auf eine 75-jährige Publikationsgeschichte zurück: Den Anfang machte das „Evangelische Gemeindeblatt für den Kirchenbezirk Urach“, das den „deutschevangelischen Glaubensgenossen, die ihre Heimat im Osten haben verlassen müssen“, in „Sonderausgaben“ Platz gewährte, um Mitteilungen an ihre Landsleute zu veröffentlichen. So erschienen z.B. die Beilagen „Der Galizien-deutsche“ und die „Posener Stimmen“. Im Januar 1950 firmierte diese monatliche Sonderbeilage für die Galizien-deutschen dann unter dem Namen „Das heilige Band“, ein Titel der Schriftstellerin Rose Planner-Petelin (eigentlich Hedwig Zöckler) aufnehmend, der in Galizien angesiedelt ist. Im Mai 2014 änderte sich der Name erneut, um neue Leser zu gewinnen. Der „Blickpunkt Galizien - das heilige Band“ erscheint in Doppelnummern sechsmal im Jahr. Er informiert nicht nur die Mitglieder der „Galizien-deutschen“ über die Aktivitäten des Vereins, sondern weitet den Blick auf die heutigen Länder des früheren Kronlands der habsburgischen Donau-Monarchie.

(Blickpunkt Galizien 3+4/21)

Heimatkreisauusschuß Mittelpolen

Elfriede Eichelkraut, Gartenstr. 87
42107 Wuppertal, Tel. 0202-444263

75 Jahre Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen e.V.

Schon vor der Konferenz von Treysa hatte der vormals in Lodz tätige Pastor Paul Otto Amtsbrüder zu einer Pfarrkonferenz zusammengerufen, die in Ansbach stattfand. Die Pastoren sprachen sich für die Bildung einer Hilfsorganisation aus, die dann aber erst unter dem Dach des Hilfswerks der EKD am 7./8. Juli 1946 als „Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen“ in Treysa zustande kam. Zum Vorsitzenden wurde Pastor Paul Otto bestimmt, der dieses Amt aber schon 1947 an Pastor Dr. Erich Dietrich abtrat. Im Oktober 1948 kam erstmals als Beilage zum „Uracher Gemeindeblatt“ ein vierseitiges Informationsblatt heraus: „Glauben und Wirken. Der deutsche Lutheraner aus Kongreßpolen und Wolhynien“, und seit Oktober 1949 erscheint die eigenständige Zeitschrift „Weg und Ziel“. Der Name geht zurück auf die Lodzer deutsche Pastoralkonferenz,

die von 1926-28 ein Informationsblatt unter diesem Titel herausgab. „Weg und Ziel“ hat sechs Ausgaben im Jahr und ist auch digital verfügbar. Das gilt ebenfalls für ältere Ausgaben.

Internet: www.hilfskomitee-evangelisch-in-polen.de

Heimatkreisauusschuß Posen

Hier vertreten durch die Gemeinschaft
Ev. Posener e.V.

75 Jahre Gemeinschaft Evangelischer Posener

Die Weichen für die Gründung der meisten Hilfskomitees wurden auf einer Arbeitstagung der EKD Ende Juli 1946 im hessischen Treysa gestellt, wo empfohlen worden war, im Rahmen des Hilfswerks der EKD jeweils Hilfskomitees für die einzelnen Herkunftsgebiete zu bilden: „Die Aufgabe des Hilfskomitees ist es, innerhalb des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland den karitativen Dienst an Pfarrern und Gemeindegliedern der ehemaligen Heimatkirche auszuüben, die Anliegen der Pfarrer und Gemeindeglieder gegenüber den Kirchen ihres jetzigen Aufenthaltsgebietes zu vertreten und um die kirchliche Versorgung der ihm zugehörigen Pfarrer und Gemeindeglieder – in Wahrung und Zuständigkeit landeskirchlicher Stellen und im Einvernehmen mit diesen – bemüht zu sein.“ Am 29./30. Juli 1946 wurde in Frankfurt/Main das Posener Hilfskomitee gegründet, dessen Leitung Carl Brummack innehatte. 1955 kam es zur Gründung des Posener Bauvereins, der sich die Errichtung des D.-Paul-Blau-Heims in Lüneburg zur Aufgabe machte. Dieses Altenheim ist auch heute Zentrum der evangelischen Posener in Deutschland, Sitz der Geschäftsstelle und des Archivs, soweit Bestände nicht in das ebenfalls in Lüneburg beheimatete „Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa“ abgegeben wurden. Hier finden Tagungen und die Mitgliederversammlungen statt. Ein zweiter Schwerpunkt hat sich, seitdem der heutige Vorsitzende Pfarrer i.R. Christfried Boelter ab 1995 die Geschicke der Gemeinschaft lenkt, im Klosterpark Reinhardtsbrunn (Friedrichroda) herausgebildet, wo eine Ausstellung zum Posener Land und den Verbindungen der Gemeinschaft ins heutige Polen aufgebaut wurde. Dort wird am 18. September auch die Mitgliederversammlung der Gemeinschaft und die Festveranstaltung zum 75-jährigen Bestehen stattfinden.

Wie der „Galizienbote“ erschienen die „Posener Stimmen“ durch Vermittlung von Superintendent Martin Rutz (vormals Lissa/ Leszno) zuerst als Beilage im

„Evangelischen Gemeindeblatt für den Kirchenbezirk Urach“ erstmals 1947 und können somit ebenfalls auf 75 Jahre Publikationsgeschichte zurückblicken.

Ende 1948 trennten sich die „Stimmen“ vom Uracher Gemeindeblatt und erschienen – wie solidarisch beschlossen – bei den „Stimmen aus dem Osten“, der Zeitschrift der Landsmannschaft Weichsel-Warthe bis sie 1953 wiederum eigenständig wurden, weil die vereinbarte Solidarität aller Zeitschriften aus dem LWW-Raum nicht gegeben war. Daher entschied die LWW seither auf ihre Zeitung zu verzichten, um mit den kirchlichen Zeitschriften solidarisch zu sein. Die „Posener Stimmen“ erscheinen heute sechsmal im Jahr und können auch online abgerufen werden.

Internet: www.ev-posener.de

Heimatkreisauusschuß Wolhynien

Walter Manz, Blumenstraße 10a,
38550 Isenbüttel, Tel. 05374-9187092

Arbeitseinsatz und Mitgliederversammlung im Museum Linstow

Am Samstag den 26.6.2021 trafen sich bei strahlendem Sonnenschein mehr als dreißig Mitglieder und Freunde des Wolhynier Umsiedler-Museums in Linstow (Mecklenburg/Vorpommern). Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Heimatvereins Linstow Johannes Herbst, den Hinweisen zur Hygiene, ging es mit großem Eifer aller daran, die Museumsanlagen für die bevorstehende Museumsaison zu säubern, zu erneuern und aus ihrem Pandemie bedingten Dornröschenschlaf zu wecken. Dabei wurde begleitet von zwei Akkordeons auch dem Wildwuchs auf Wegen und Plätzen der Garaus gemacht. Nach so viel Einsatz erwartete die vielen fleißigen Helfer unter freiem Himmel ein Mittagessen mit Wildschweinbraten und süßen Piroggen als Nachtisch zur Stärkung.

Bei der anschließenden Mitgliederversammlung mit Sitz- und Hygienekonzept wurde der Vorstand für seine letztjährige Arbeit einstimmig entlastet und ihm für diese und für alle erschwerte Arbeit gedankt. Im weiteren Verlauf ging der Vorsitzende Johannes Herbst auf kommende Projekte, die gute Arbeit des Mitarbeiters Michael Thoß und den Abstimmungen zum diesjährigen Museumsfest am 3.- 5. September ein. Drücken wir uns alle die Daumen, dass wir es in diesem Jahr wieder in bekannter Größe stattfinden lassen dürfen. Die Voraussetzungen dazu sind vom Heimatverein geschaffen worden.

Mit einem Exkurs in Wolhynischer Geschichte für alle Interessierte ging ein erlebnisreicher Tag zu Ende.

Jens Ryl